

## Mündliche Anfragen

zur 12. Fragestunde

in der 46. Plenarsitzung vom 9. November 2017

1. Anfrage des Abg.  
Sascha Binder SPD

Eingang: 26. 10. 2017

### **Stellenbesetzungen in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten**

- a) Welche der für das Haushaltsjahr 2017 im Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz und für Europa – Kapitel 0508 – Justizvollzugsanstalten – ausgewiesenen Personalstellen – einschließlich der Stellen für Obersekretärinnen und -anwärter und Oberwerkmeisterinnen und -anwärter – konnten noch nicht besetzt werden?
- b) Aus welchen Gründen konnten diese Stellen bislang nicht besetzt werden?

2. Anfrage des Abg.  
Dr. Friedrich Bullinger  
FDP/DVP

Eingang: 27. 10. 2017

### **Verkehrskontrollen auf der Bundesautobahn A 6, insbesondere bezüglich des Überholverbots für Lkws**

- a) Wie häufig werden auf der Bundesautobahn A 6 zwischen der Anschlussstelle Bretzfeld und dem Weinsberger Kreuz Verkehrskontrollen durchgeführt, bei denen insbesondere das dort geltende Überholverbot für Lkws überprüft wird?
- b) Wie beurteilt die Landesregierung aus Sicht der Verkehrssicherheit die Beobachtung, dass es in dem betreffenden Abschnitt, der ohnehin bereits stark und durchgängig verkehrlich belastet ist, in jüngster Zeit vermehrt zu unnötigen Staus und Auffahrunfällen gekommen sein soll, da insbesondere von Lkw-Führern mit ausländischem Kennzeichen das bestehende Überholverbot missachtet wurde, um dem „Dauerstau“ vor dem Weinsberger Kreuz zu entgehen?

3. Anfrage des Abg.  
Dr. Friedrich Bullinger  
FDP/DVP

Eingang: 27. 10. 2017

### **Abwesenheit von Schülerinnen und Schülern in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und im Main-Tauber-Kreis vom regulären Unterricht durch Verlängerung der Ferienzeit, beispielsweise aufgrund von verfrühter Abreise bzw. verspäteter Rückkehr an den Wohnort**

- a) Wie hoch ist die Anzahl der Fälle, in denen schulpflichtige Kinder dem Unterricht an den staatlichen Schulen in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und im Main-Tauber-Kreis im vergangenen Schuljahr unmittelbar vor oder nach den jeweiligen Ferienterminen ferngeblieben sind (Ferienverlängerung)?
- b) Welche genauen Kriterien gelten seitens der staatlichen Schulaufsicht hinsichtlich einer ausnahmsweise erteilten Genehmigung auf Verlängerung von Ferienzeiten?

Ausgegeben: 07. 11. 2017

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

4. Anfrage des Abg.  
Stefan Herre AfD

Eingang: 27. 09. 2017

**Das Geheimnis von Windrädern! Gehen von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg (un)sichtbare Gefahren wie Eiswurf, Infraschall und ein Krebsrisiko aus?**

- a) Welche Gefahren für die Bevölkerung sieht die Landesregierung unter Berücksichtigung aller wissenschaftlichen Studien beim weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg bezüglich Infraschall, Eiswurf, erhöhtem Krebsrisiko, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, umgeknickten Anlagen, der Anzahl gefälltter Bäume und der Umweltzerstörungen in den nächsten Jahren?
- b) In wie vielen Windrädern in Baden-Württemberg steckt das Metall Neodym, dessen Abbau in China die Umwelt zerstört und beim Menschen Krebserkrankungen auslösen kann?

5. Anfrage des Abg.  
Stefan Herre AfD

Eingang: 27. 09. 2017

**Bezahlbarer Wohnraum für alle! Geringes Wohnungsangebot für Polizisten, Rettungssanitäter, Erzieherinnen, Altenpfleger und Handwerker in Großstädten. Treibt die Wohnungspolitik den Mittelstand und die Bezieher von mittleren Einkommen aus den Städten?**

- a) Wie will die Landesregierung die soziale Wohnungspolitik gerade in Schwarmstädten wie Stuttgart oder Freiburg im Breisgau ändern, damit die oben genannten Berufsgruppen auch zukünftig bezahlbaren Wohnraum von ihren Einkommen finanzieren können?
- b) Wie will sie dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum sowie dem Abwandern von Berufsgruppen des Mittelstands entgegenreten, nachdem selbst Beamte sich ein Zuhause in Stuttgart oder Freiburg im Breisgau nicht mehr leisten können und deshalb in die Peripherie ausweichen müssen?

6. Anfrage des Abg.  
Lars Patrick Berg AfD

Eingang: 02. 11. 2017

**Verurteilungen von Gaffern**

- a) Warum kommt es – wie zuletzt in Heidenheim geschehen – bei Vorfällen, bei denen Gaffer bei Unfällen keine Hilfe leisten oder sogar die Einsatzkräfte bei ihrer lebensrettenden Arbeit behindern, selten zu Verurteilungen bzw. zu Verurteilungen, die das Strafmaß nicht ausreizen?
- b) Zu welchem Zeitpunkt plant die Landesregierung in welchem Umfang eine Erhöhung der Mindeststrafen für sogenannte Gaffer?

7. Anfrage der Abg.  
Sabine Wölfle SPD

Eingang: 06. 11. 2017

**Familiennachzug für Flüchtlinge**

- a) Wie hoch ist die Zahl der Angehörigen der Kernfamilien von Flüchtlingen, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Baden-Württemberg kommen könnten, wenn die Regelungen in § 104 Absatz 13 des Aufenthaltsgesetzes keine Änderungen erfahren?
- b) Wie lautet – angesichts divergierender Äußerungen von Kabinettsmitgliedern (Zumeldung von Integrationsminister Lucha vom 2. November 2017 zur Forderung der Landräte: „Landrätekonzferenz verabschiedet Kernerwartungen der Landkreise an die Flüchtlings- und Asylpolitik des Bundes“ bzw. Interview von Innenminister Strobl vom 9. Oktober 2017 in der „Schwäbischen Zeitung“) – die gemeinsame Haltung der Landesregierung zum Familiennachzug für Flüchtlinge?

8. Anfrage des Abg.  
Martin Rivoir SPD

**Einkaufsmöglichkeiten im Bereich Oberer Eselsberg der  
Wissenschaftsstadt Ulm**

Eingang: 06. 11. 2017

- a) Welche Aktivitäten sind der Landesregierung bekannt, im Bereich des Oberen Eselsbergs der Wissenschaftsstadt Ulm eine Einkaufsmöglichkeit für Dinge des täglichen Bedarfs zu schaffen?
- b) Inwiefern unterstützt oder fördert sie solche Aktivitäten, z. B. durch die Bereitstellung eines geeigneten landeseigenen Grundstücks?